

W

30. JULI 1954

Vertraulich

Wien, den 29. Juli 1954.

Lieber Freund !

Zu Deiner Kenntnisnahme übermittle ich Dir in der Anlage einen Auszug aus dem Aktenvermerk über die Besprechung bei Bundeskanzler Ing. Raab am 28. ds., in der auch über die Austria-Wochenschau verhandelt wurde.

Herzlichen Gruß

Beilage I

Herrn
Stadtrat Josef A f r i t s c h,
Magistrat der Stadt Wien,
Wien, I., Neues Rathaus.
=====

A k t e n v e r m e r k

über eine Parteienbesprechung am 28. Juli 1954 um 15 Uhr
im Bundeskanzleramt,

Anwesend von ÖVP-Seite: Bundeskanzler Ing. Raab,
Nat. Rat Dr. Maleta,
Landeshauptmann Steinböck,
Landeshauptmannstellvert. Kargl,
Nat. Rat Müllner;
von SPÖ-Seite: Vizekanzler Dr. Schärf,
Bundesminister Dipl. Ing. Waldbrunner.

Bundeskanzler Ing. Raab beginnt mit der Frage Ybbs-Persenbeug. Er sagt, die personellen Fragen im Aufsichtsrat und Vorstand würden sich eher lösen lassen, wenn der Forderung Niederösterreichs auf Erhöhung des Aktienanteiles an Ybbs-Persenbeug Rechnung getragen wird. Nat. Rat Müllner verlangt 50 %. Vizekanzler Dr. Schärf lehnt eine solche Lösung mit dem Hinweis ab, daß Gesellschaften mit einer Aktienaufteilung 50 : 50 von Haus aus ungünstig sind und ständig zu Streit Anlaß geben werden, da sich keine Gruppe durchzusetzen vermag. Eine Minderung des Bundesanteiles komme nicht in Betracht, eine Ausschaltung Wiens werde von Wiener Seite nicht hingenommen. Bundeskanzler Raab schlägt vor, die jetzige Lösung bei Ybbs-Persenbeug sowohl aktienmäßig wie personell zu belassen und dafür dem Land Niederösterreich eine Konzession für ein neues Donaukraftwerk zuzusichern, eventuell - wenn notwendig und verlangt - auch eine Konzession für ein Donaukraftwerk dem Lande Wien zuzusichern. Bund. Min. Ing. Waldbrunner, dem dieser Gedanke neu ist, übernimmt es, die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit dieser Konzessionslösung bis zum Herbst prüfen zu lassen, wobei er seiner Abneigung gegenüber diesem Vorschlag Ausdruck gibt und hinsichtlich der Zustimmung von SPÖ-Seite einen Vorbehalt macht.

Nach langer Wechselrede einigt man sich, daß die wiederholt zurückgestellte Zuwahl des Sekt.Chef Dipl.Ing.Fürst in den Aufsichtsrat der Donaukraftwerke bei der für 30.ds.Mts. einberufenen Hauptversammlung durchgeführt wird. Als Äquivalent soll in einer in der nächsten Zeit einzuberufenden Hauptversammlung der Tauernkraftwerke die Zuwahl des ÖVP-Landtagsabgeordneten Haslinger in den Aufsichtsrat der Tauernkraftwerke erfolgen. Dadurch wird die Parität der beiden Parteien in diesen beiden Aufsichtsräten entsprechend dem Beschluß der Paritätischen Kommission beim Verkehrsministerium hergestellt. Die Entscheidung über die Bestellung Direktor Dipl.Ing.Böhmer's zum Vorsitz des Vorstandes der Donaukraftwerke wird zurückgestellt.

Nach dem Weggehen der Vertreter der niederösterreichischen ÖVP Steinböck, Kargl und Müllner bringt Bundeskanzler Ing.Raab die Personalfragen der Austria-Wochenschau zur Sprache. Die ÖVP fordert einen zweiten Produktionsleiter, der von ihr zu stellen ist und gleichberechtigt mit dem jetzigen Produktionsleiter Reismann von der SPÖ sein soll. Der Gegenvorschlag, Reismann als Produktionsleiter zu belassen und einen Mann der ÖVP als kaufmännischen Leiter zu nehmen, wie das praktisch jetzt in der Person Marboe's der Fall ist, befriedigt die ÖVP nicht. Bundeskanzler Raab beruft sich auf eine Abmachung Hurdes/Waldbrunner vom Jänner 1951, in der Reismann und Pebal als gleichberechtigte Aufnahmeleiter vereinbart wurden. Vizekanzler Dr.Schärf und Bund.Min.Ing.Waldbrunner weisen darauf hin, daß inzwischen der Rechnungshof die Personalreduktion bei der Austria-Wochenschau verlangt hat, die von der SPÖ durch Abbau ihres Vertreters Planek eingehalten worden ist, während die ÖVP Pebal nicht abgezogen hat, dieser aber darnach durch Tod ausgeschieden ist. Eine Neubestellung, wie von der ÖVP verlangt, wäre gegen den Willen des Rechnungshofes. Bund.Min.Ing.Waldbrunner schlägt vor, den Produktionsleiter Reismann hinsichtlich der Systemauswahl der politischen Bilder und deren Textierung an das Einvernehmen des ÖVP-Mannes (kaufmännischen Leiters) zu binden. Das genügt Bundeskanzler Raab nicht, der

als Gegenvorschlag zwei gleichberechtigte Geschäftsführer verlangt, die sowohl Produktion wie kaufmännische Führung gemeinsam machen sollen. Diese Lösung wird von SPÖ-Seite als unzweckmäßig abgelehnt. Bund.Min.Ing.Waldbrunner erklärt, daß es für die SPÖ unerträglich ist, überall dort, wo ein Mann von ihr in die Führung kommt, diesem einen gleichberechtigten ÖVP-Mann beizustellen, während gerade auf dem Gebiete der Information und Propaganda ansonst die ÖVP dominiert - siehe "Wiener-Zeitung" und "Bundespressedienst". Vizekanzler Dr.Schä schlägt vor, unbekümmert einer späteren Einigung Reismann schon jetzt hinsichtlich der Systemauswahl und der Textierung der politischen Bilder an das Einvernehmen des ÖVP-Mannes zu binden. Bundeskanzler Raab geht darauf nicht ein, weil er meint, daß dieses Provisorium dann nicht mehr wegzubringen ist. Er sagt, die Frage bleibe offen und soll weiterbehandelt werden.

Bundeskanzler Raab und Vizekanzler Dr.Schärf einigen sich noch über eine Note an den russischen Hochkommissär wegen des letzten Gendarmen-Mordes, in der die Mitwirkung bei der Aufklärung des Mordfalles verlangt werden soll.

Schließlich fragt Bund.Min.Ing.Waldbrunner, was mit dem in der letzten Besprechung von der ÖVP betriebenen ^{Dr.Allitsch} Fall/bei der Alpine sein wird. Die vom Ministerium verlangte und von der öffentlichen Verwaltung zugesagte Kündigung müsse durchgeführt werden. Dagegen wird weder von Bundeskanzler Raab noch von Dr.Maleta ein Einwand erhoben. Es besteht der Eindruck, daß Bundeskanzler Raab nicht mehr sehr interessiert ist an der Anstellung. Bund.Min.Ing.Waldbrunner erklärt auf Grund der in der letzten Besprechung übernommenen Verpflichtung, sich mit den Alpine-Leuten zu bereden, daß für den Fall eines Entgegenkommens in der Angelegenheit Allitsch die SPÖ Kompensationsforderung bei der Alpine hätte, worüber man aber erst nach Rückkehr von Gen.Dir.Oberegger von seinem Krankenurlaub reden kann. Nachdem die Kündigung ja per 30.September ausgesprochen wird, so ließe sich sicher in der Zwischenzeit verhandeln. Für den Fall einer Einigung, die

aber innerhalb der Alpine von den beiden Parteien gefunden werden müßte, könnte diese Kündigung aber dann noch immer zurückgenommen werden.

Schluß der Besprechung 17.00 Uhr.

Wien, den 29. Juli 1954.